



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

Der Effektenmarkt im ersten Halbjahr 1903. b) Dividendenpapiere (1. Bankaktien). Am 11. Juni veröffentlichte in der Neuen Freien Presse ein Direktor Julius Steinberg (Bonn) einen in vieler Beziehung lesenswerten Aufsatz über den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen und industriellen Lage Deutschlands. Darin war unter anderem bemerkt, daß die Börse in Deutschland dadurch einen wichtigen Teil ihrer Funktionen eingebüßt habe, daß sie kein zuverlässiger Gradmesser mehr sei für die wirtschaftliche Lage des Landes. Das Börsengesetz habe es zuwege gebracht, daß sich die Spekulation, soweit sie nicht ins Ausland gedrängt worden sei, im Gegensatz zu früher fast ausschließlich auf den Kassenmarkt geworfen habe. Dieser aber weise zumeist nur kleinere Aktienkapitalien auf, was an sich schon größere Kurssprünge verursache, und ferner fehle natürlicherweise hier die Kontremine mit ihrem in Haussezeiten nach oben, in Baissezeiten nach unten moderierenden Einflusse. Es sei niemals die „Börse im engern Sinne des Worts,“ sondern stets das „sachunkundige Publikum,“ das die „ungerechtfertigten Kurssprünge“ hervorrufe. Dieses sachunkundige Publikum habe man durch das Börsengesetz eliminieren wollen. Tatsache sei, daß man seinen Einfluß verstärkt habe, indem man es völlig auf den Kassenmarkt drängte, der heute auch größtenteils bestimmend für die Bewegung der wenigen noch erlaubten Ultimopapiere geworden sei.

Daß das von einem wirtschaftspolitisch ausgesprochen reaktionären Reichstage durchgesetzte, an bösen Blüten der parlamentarischen Experimentaljurisprudenz überreiche Börsengesetz, dessen Abänderung die Regierung, wie es scheint, längst als notwendig erkannt hat, daß dieses Börsengesetz die schlimmen Schäden, die man hat treffen wollen, so gut wie gar nicht getroffen, wohl aber die deutsche Börse in ihren wichtigsten und in nationalem Interesse unentbehrlichen Funktionen gelähmt hat, darin hat der Artikel der Neuen Freien Presse jedenfalls Recht. Wenn er aber die „Börse im engern Sinne des Worts,“ d. h. also wohl die Wissenden und Sachkundigen an der Börse, als so ganz unschuldig an den „ungerechtfertigten Kurssprüngen,“ namentlich der Dividendenpapiere hinstellt, so glauben wir dem Herrn Steinberg freilich nicht recht, einfach schon deshalb nicht, weil das „sachunkundige Publikum“ den Herren Sachkundigen am deutschen Effektenmarkt gerade in der „Aufschwungszeit“ von 1896 bis 1900 so ziemlich eine Milliarde durch die Kurssprünge zu verdienen gegeben haben mag. Darin nämlich hat Sombart in seinem sonst von Übertreibungen strotzenden Buche: „Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert“ wahrscheinlich Recht.

Von dem Industrieaktienmarkt haben wir schon wiederholt charakteristische Zahlen gebracht, und wir werden demnächst auf die Kursbewegungen dieser Dividendenpapiere im ersten Halbjahr 1903 zurückkommen, obgleich auch wir gerade sie für einen nur mit besonderer Vorsicht zu brauchenden Gradmesser unsrer industriellen Lage ansehen. In nachstehendem werden die Kursbewegungen der Bankaktien durch einige Beispiele veranschaulicht. Für sie sind unstrittig die Sachkundigen an der Börse mehr verantwortlich gewesen, und sie sind wohl deshalb auch als Gradmesser der wirtschaftlichen Gesamtlage von etwas größerem Interesse, als die Kurse der Industrieaktien.

Wie in Heft 30 sind auch hier durchweg die letzten Berliner Monatskurse aufgeführt, und die Kurse des ersten Halbjahrs 1903 mit denen von 1902 zum Vergleich gestellt. Notenbanken und Hypothekenbanken sind nicht berücksichtigt worden. Zunächst mögen die Zahlen für die sechs bedeutendsten Berliner Aktienbanken Platz finden.

Berliner Aktienbanken

		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Berliner Handelsgesellschaft . .	1902	150,50	153,50	157,75	151,10	158,50	155,25
	1903	163,00	159,40	158,75	158,40	154,60	154,40

		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Darmstädter Bank	1902	131,50	141,25	140,00	135,25	139,25	137,60
	1903	141,75	141,80	142,90	140,90	136,50	136,00
Diskonto-Gesellschaft	1902	188,60	196,50	195,00	186,00	188,75	184,25
	1903	199,00	194,60	195,90	191,00	185,40	186,75
Dresdner Bank	1902	138,40	138,20	139,25	138,50	147,50	144,10
	1903	151,10	149,00	151,40	151,25	147,50	147,00
Schaffhausenscher Bankverein	1902	121,50	123,30	123,40	120,80	121,25	118,19
	1903	121,90	121,50	122,60	127,50	124,10	125,75
Deutsche Bank	1902	210,10	215,30	209,40	206,00	211,00	208,00
	1903	217,00	216,10	218,60	211,75	208,80	210,00

Diese sechs Banken vertreten ein Aktienkapital von mehr als 750 Millionen Mark. Bei drei Banken sind die Kurse im ersten Halbjahr 1902 gestiegen, bei drei Banken gefallen. Dagegen standen bei allen sechs Banken die Kurse Ende Januar 1903 höher als Ende Januar 1902, während das erste Halbjahr 1903 bei nicht weniger als fünf Banken einen Kursrückgang bewirkte. Dabei waren, wie wir schon am 7. Mai mitteilten, die für 1902 gezahlten Dividenden bei vier Banken höher als die für 1901 gezahlten, und bei zwei Banken gleich hoch.

Aktienbanken außerhalb Berlins

		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Barmer Bankverein	1902	117,25	118,50	119,50	123,00	123,00	122,60
	1903	121,25	121,70	121,75	121,80	121,90	121,25
Bergisch-Märkische Bank . . .	1902	147,00	149,50	153,00	151,75	151,75	151,70
	1903	158,40	156,50	154,75	155,75	155,25	155,75
Deutsche Eff.- u. Wechsel-Bank	1902	104,00	105,20	106,25	104,90	104,90	104,16
	1903	105,40	105,25	105,10	105,75	105,25	104,75
Mitteldeutsche Kredit-Bank . .	1902	110,50	111,80	110,40	110,10	109,75	109,70
	1903	112,00	114,75	112,90	115,50	114,40	114,25
Hannoversche Bank	1902	118,50	116,50	118,00	117,75	117,60	119,00
	1903	122,50	122,60	122,50	126,40	124,25	124,60
Kommerz- und Diskonto-Bank .	1902	115,25	117,00	117,40	115,75	117,25	116,75
	1903	120,50	122,40	120,50	120,20	118,90	118,60
Pfälzische Bank	1902	115,10	118,10	118,80	117,40	116,50	114,20
	1903	109,80	109,25	106,00	109,50	108,00	106,80
Leipziger Kreditanstalt	1902	169,60	173,00	178,25	174,25	175,90	175,75
	1903	172,00	175,00	174,80	174,90	174,00	172,00
Schlesischer Bankverein	1902	140,50	140,90	142,25	141,25	141,60	144,00
	1903	144,25	146,10	144,50	143,75	143,80	142,75

Diese neun Banken vertreten ein Aktienkapital von etwa 390 Millionen Mark. Bei sieben von ihnen sind im ersten Halbjahr 1902 die Kurse gestiegen, ebenso bei sechs Banken vom Juni 1902 bis Januar 1903. Dagegen fielen die Kurse im ersten Halbjahr 1903 bei fünf Banken, während sie bei zwei Banken gleichblieben und bei zwei Banken stiegen. Auch bei diesen neun Banken waren die für 1902 gezahlten Dividenden zum Teil höher als die für 1901 gezahlten, wie nachstehende Zahlen zeigen.

	Dividenden für	
	1902	1901
Barmer Bankverein	6 %	4 $\frac{1}{2}$ %
Bergisch-Märkische Bank	8 "	8 $\frac{1}{2}$ "
Deutsche Eff.- und Wechsel-Bank .	4 "	1 $\frac{1}{2}$ "
Mitteldeutsche Kredit-Bank . . .	5 $\frac{1}{2}$ "	5 $\frac{1}{2}$ "
Hannoversche Bank	6 "	4 "
Kommerz- und Diskonto-Bank . . .	6 "	5 $\frac{1}{2}$ "
Pfälzische Bank	4 "	5 $\frac{1}{2}$ "
Leipziger Kreditanstalt	8 "	8 "
Schlesischer Bankverein	6 $\frac{1}{2}$ "	6 $\frac{1}{2}$ "

Bei allen fünfzehn aufgeführten Banken zusammen ist die Bewegung der Börsenkurse im ersten Halbjahr 1903 danach allerdings ungünstiger gewesen als in derselben Periode des Vorjahres. Aber auf keinen Fall kann daraus auf eine ungünstigere Lage unsrer Gesamtwirtschaft oder auch nur des deutschen Bankwesens im ganzen geschlossen werden. Daß sich die Banken vor „ungerechtfertigten Kurssprüngen“ im letzten Halbjahr nicht weniger als im ganzen Vorjahr bewahrt haben, ist im Interesse der Gesamtlage und ihrer eignen sehr anzuerkennen und wohl auch Beweis für den Einfluß der Sachkundigen auf die Kurse. Gegen den

Tiefstand im Krisenjahr 1901 ist dabei ein sehr großer und zwar dauernder Fortschritt zum Bessern außer Zweifel. Die schweren Schläge, die vielen der aufgeführten Banken durch die beklagenswerten, unter das Strafgesetz fallenden Zusammenbrüche einiger weniger Unternehmungen in den letzten anderthalb bis zwei Jahren zugefügt worden sind, sind dank ihrer gesunden Fundierung und klugen Geschäftsgebarung ohne irgendwelche, das Gesamtinteresse berührende Erschütterungen des deutschen Bankwesens überhaupt vorübergegangen. Das in der gehässigen ausländischen Presse — leider unter dem Beifall der wirtschaftlichen Reaktion in Deutschland — seinerzeit ausposaunte Gerede von dem Krach der deutschen Banken als Vertreter des sogenannten mobilen Kapitals, und damit zugleich von dem Krach unsers modernen Wirtschaftslebens überhaupt, ist handgreiflich Lügen gestraft worden.

Diesem „Krach“ auch für die Zukunft vorzubeugen, ist die Stärkung der deutschen Börse, nicht ihre weitere Unterbindung dringend geboten. Oder glauben die Herren von der Reaktion etwa, unser „mobiles“ Kapital ohne Ruin der deutschen Volkswirtschaft wieder in den Strümpfen der Bauern und Handwerker „immobilisieren“ zu sollen? Zuzutrauen ist dieser gedankenlosen Romantik alles. Sie ist im neuen Reichstag so stark wie im alten. Die Banken haben schon deshalb allen Grund, sich durch strengste Selbstzucht das politische und moralische Ansehen im Volk zu erwerben, woran es heute noch fehlt.

Zum Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes. Die Erlasse der preußischen Minister vom 19. März 1901, die den Entwurf eines Wohnungsgesetzes in Aussicht stellten und die Befolgung gewisser Grundsätze der Wohnungs- und der Bodenpolitik namentlich in den Großstädten anempfehlen, schienen durch ihre weitgehende Nachgiebigkeit gegenüber der extrem sozialistischen Anschauung der Bodenreformer eine scharfe Kritik im Interesse der Fundamente unsrer Rechtsordnung herauszufordern, wogegen der jetzt ausgearbeitete Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes, soweit sein Inhalt vor einiger Zeit in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mitgeteilt worden ist, keine Veranlassung zu stärkern Bedenken zu geben scheint. Jedenfalls ist die Errichtung von Wohnungsämtern wie auch die Einrichtung einer wirksamen Wohnungsaufsicht mit Freuden zu begrüßen. Ganz besonders ist der Erlaß von Vorschriften über die Beschaffenheit und die Benutzung von Gebäuden zum Wohnen und zum Schlafen (Wohnordnungen) erwünscht, wobei es natürlich auch an Bestimmungen über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume aller Art nicht fehlen wird. Erst wenn Vorschriften über das für die Bewohner zu verlangende Mindestmaß von Luftraum und von Bodenfläche in irgend einer Weise erlassen sein werden, wird man auch zu einer halbwegs befriedigenden Wohnungsstatistik gelangen, während die bisherigen städtischen Wohnungsstatistiken in Preußen, in denen nirgends ein Unterschied zwischen den größten und den kleinsten „Grundstücken“ und ebensowenig zwischen den größten und den kleinsten Wohnräumen gemacht wird, eigentlich sehr wenig wert sind. Um die privaten Bauunternehmungen zur Herstellung von guten kleinen Wohnungen zu bestimmen, sind mit Recht Begünstigungen solcher Häuser bei den Straßenkostenbeiträgen, den Gebühren für Kanalbenutzung, Wasserverbrauch und dergleichen und sogar bei der Gebäudesteuer in Aussicht genommen. Daß diese Begünstigungen nur Aktiengesellschaften und dergleichen, die nach ihren Satzungen höchstens vier Prozent Jahresgewinn verteilen dürfen, oder „Arbeitern, Handwerkern oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Personen“ für ihre Wohngebäude und zwar nur, wenn diese von den Besitzern allein oder außerdem von höchstens zwei andern „Arbeiter-, Handwerker- oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Familien“ bewohnt werden, zugute kommen sollen, ist eine Bestimmung, die zwar der in der sozialen Gesetzgebung seit Jahren herrschenden Manier entspricht, für die Praxis aber viel zu erkünstelt ist. Die Begünstigungen müssen allen Erbauern und Besitzern von Häusern mit guten kleinen Wohnungen gewährt werden, und Sache einer strengen Wohnungsordnung und Wohnungsaufsicht wird es dann sein, darüber zu wachen, ob den Bedingungen, unter denen die Begünstigungen gewährt worden sind, dauernd entsprochen wird.

Wenn zur Bekämpfung der Bildung hoher sogenannter Monopolpreise des Grund und Bodens die frühzeitige Festsetzung von Baufuchtlinien sowie die Anlegung von Straßen und Straßenteilen durch die Polizei angeordnet,

auch Straßen von geringer Breite und Baublöcke von geringer Tiefe verlangt werden sollten usw., so ist dagegen sicher nichts einzuwenden, sofern die zu erlassenden Bauordnungen nur überhaupt das in der Beschränkung des Privateigentums am Grund und Boden im Interesse des Gemeinwohls gebotne Maß einzuhalten bestrebt bleiben. Den größten Wert legen wir auf unzweideutige Vorschriften, die es ermöglichen, die Anlage von großindustriellen Etablissements dort, wo sie nicht hingehören, zu verhindern, und namentlich dem in den letzten Jahrzehnten immer mehr hervorgetretenen Mißstande, daß unsre Großstädte fast ausnahmslos Industrie- und zugleich Industriearbeiterstädte geworden sind, wirksam entgegenzuarbeiten.

Das neue Wohngesetz muß der erste grundlegende Schritt für eine neue gesunde Besiedlungspolitik werden, und es hat deshalb von vornherein auf die schwierige aber unerläßliche Aufgabe der Dezentralisation der Industrie Rücksicht zu nehmen. Eine von sozialistischen Übertreibungen beherrschte Wohnungspolitik, die die Großstadtgemeinden zwingen will, auf Gemeindegeldern den Industriearbeitern vortreffliche Wohnungen möglichst tief unter dem Markt- oder dem Herstellungspreise zu liefern, würde der Anhäufung der Arbeiter in den Großstädten den größten Vorschub leisten, die Landflucht, namentlich im Osten, immer mehr steigern und so das Pferd am Schwanz aufzäumen. Man darf den Arbeitern die Verantwortlichkeit für ihre Übersiedlung in die Großstädte nicht noch mehr abnehmen, es sei denn, daß man der Sozialdemokratie die Geschäfte besorgen will. Das viel zu weit gehende Gefallen, das in den letzten fünf Jahren auch unsre höhern Beamten vielfach den extrem sozialistischen Anschauungen gerade in der Wohnungs- und Bodenpolitik entgegenbrachten, hat die Nichtachtung der bestehenden Rechtsordnung und damit die Begehrlichkeit des Proletariats ganz entschieden gefördert, und diese Beamten haben einen ganz stattlichen Anteil an dem Ergebnis der letzten Wahlen auf ihr Konto zu nehmen. Gerade in der großstädtischen Wohnungspolitik wird man sich in Zukunft hüten müssen, den Sozialisten zu spielen, auch wenn man das augenblicklich noch hier und da „empfehlen“ mag.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

